

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktor: Dr. O. Sch. Redaktionsmitgl. Dr. O. Sch. Druckerei: Druckerei-Genossenschaft, Dresden, W. 1, Waisenstraße 20/21

Verlagspreis: Bei täglich zweifacher Ausgabe monatlich 2.40 RM. (einschließlich 20 Pfg. für Zustellung), bei dreifacher Ausgabe monatlich 3.60 RM. (einschließlich 30 Pfg. für Zustellung)

Druck v. Verlag: Druck & Verlags, Dresden, Waisenstraße 20/21

Sachsen braucht Arbeit:

Rundgebung der Industrie in Chemnitz

Stärkste Beteiligung - Bräunung wird sprechen

Sonderbericht unseres nach Chemnitz entsandten Dr. O. Sch.-Redaktionsmitgl. Odes

Sachsen braucht Arbeit! Ein Rostfleck und ein Faulfleck zugleich, der heute nicht nur über Sachsen, sondern weit hinaus über die weithinigen Grenzpfähle geht! Kein Zweifel, ganz Deutschland braucht Arbeit. Aber wenn ein Land durch die besonderen Umstände seiner Lage und seiner Struktur so über den Durchschnitt hinaus leidet, wenn es so viel stärker der Gefahr der Arbeitslosigkeit anheimgefallen ist als die anderen Gebiete Deutschlands, dann hat es ein gutes Recht darauf, durch eine großangelegte Rundgebung, durch den Mundfunk und alle Mittel moderner Fernwirkung die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Von allen Seiten krönten darum heute die Führer und die Vertreter der sächsischen Wirtschaft nach Chemnitz zusammen. Und doch der Ruf Sachsens verstanden worden ist, vielleicht auch das er in Zukunft gewürdigt werden wird, dafür ist es ein erfreuliches Zeichen, daß auch die Großwürdigen des Reiches, voran der Reichskanzler Dr. Brüning, gekommen sind, um sich an Ort und Stelle zu unterrichten und die sächsischen Wünsche zu hören. Nach der Diktate des Kanzlers, die einem infolge der Not politisch besonders gefährdeten Gebiet galt, darf man keine Heise nach Chemnitz wohl von vornherein als eine Befundung der Einsicht betrachten, daß es um Sachsen wirtschaftlich heute nicht besser steht. Der Beweis wird den Reichsbehörden heute zu Augen und Ohren demonstriert; es bleibt nur zu wünschen, daß diese Rundgebung mit ihren Forderungen in Berlin auch auf willige Ohren trifft und auf die Bereitschaft, den besonderen sächsischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

Sächsischer Industrieller, die sonst gewohnheitsmäßig im März und in Dresden stattfinden, auf den Januar und nach Chemnitz hat ihre guten Gründe. Einmal hat die Zeit gedrängt; im März könnte, wenn der Ruf nach Arbeit für Sachsen nicht Erfolg hat, die Welle der Arbeitslosigkeit schon über die finanziellen Hilfskräfte von Staat und Gemeinden hinweggeschlagen. Und dann — Chemnitz wurde als Tagungsort gewählt, weil man den Wäiten aus nah und fern tatsächlich die fürchtbaren Folgen der sächsischen Wirtschaftskrise nirgends so plastisch, so handgreiflich vor Augen führen könnte wie hier, wo das Wirtschaftskrisen schon die größten und weithin bekanntesten Betriebe ergriffen hat. Und noch etwas anderes besagt die Parole, unter der die Tagung einberufen ist. Das es sich nämlich nicht um eine Veranstaltung der Arbeitgeber handelt, auf der ihre besonderen Interessen, etwa im Gegensatz zu anderen Gruppen und insbesondere zu den Arbeitnehmern zum Ausdruck kommen sollen, sondern um eine Angelegenheit auf Leben und Tod für die gesamte sächsische Wirtschaft, für die Arbeiterschaft ebenso wie für das Unternehmertum. Sachsen braucht Arbeit! Das heißt Beschäftigung für die leeren Hände, und zugleich für die hilfebedürftigen Anlagen, Brot für die Arbeiter und Rentabilität für die Betriebe. Die Interessen von Kapital und Arbeit sind in dieser Lage gleichlaufend; keine törichte politische Agitation und kein Klassenkampf darf über diese Grundwahrheit hinwegtäuschen. Darum liegt über dem Ganzen keine Spur von Eigenrecht, keine irgendwie schamlose oder „reaktionäre“ Absicht, sondern eine hartnäckige Betonung der Notwendigkeit, daß das ganze sächsische Volk, vom Generaldirektor bis zum letzten Hilfsarbeiter, einig sein muß wie ein Mann in der Verteidigung seiner Lebensrechte, wenn dieser letzte Appell Widerhall und Erfolg haben soll.

Sächsisches Volk schwerer gelitten als jedes andere Wirtschaftsgbiet im Reich. Im Erzgebirge, hier im Chemnitzer Bezirk, im Elbtal, im Vogtland und in der Oberlausitz! Sachsen braucht wirklich Arbeit!

Wenn man hier Wandel schaffen will, so kann es nicht durch die Besteuerung, sondern nur durch die Betätigung der Einsicht geschehen. Allerdings denkt unser Verband bei der Hilfe, die er von den maßgebenden Instanzen des Staates und der Wirtschaft aus Gründen des Gemeinwohles erwartet und erbittet, nicht an Subventionen, da dieses immer bedenkliche Mittelchen heute bestimmt nicht geeignet wäre, den nachhaltigen Antriebe, auf den allein es ankommt, zu bewirken; und strommen nur grundsätzliche Entschlüsse und zielgreifende Maßnahmen von Dauer und Folgerichtigkeit.

Ministerpräsident Schied

Das Wort zu folgenden Ausführungen: Dem Danke, dem auch der Herr Vorsitzende dem Herrn Reichskanzler und den übrigen Herren Vertretern der Reichsregierung für ihr Erscheinen abgekantet hat, schließe ich mich im Namen der sächsischen Regierung an. Wir sind Ihnen, hochverehrter Herr Reichskanzler, dafür, daß Sie persönlich zu uns gekommen sind, um so dankbarer, als wir wissen, wie schwer Arbeit und Verantwortung in dieser Zeit auf Ihnen lasten. Meine Herren! Was hier zum Ausdruck kommen soll, das sind nicht die Klagen eines einzelnen Berufsstandes und nicht die Beschwerden eines einzelnen Kreises, das ist

Der Ruf eines Volkes in Not

einer Bevölkerung, die ihre Leiden bisher mit bewundernswürdiger Geduld ertragen hat. Die Not der Zeit hat ganz gewiß alle Gänge unseres deutschen Vaterlandes heimgelockt. Wir haben insonderheit tiefes Mitleid für die schwere Bedrängnis unserer Brüder und Schwestern in der deutschen Ostmark. Aber es hat sich doch hier in Sachsen, dem Lande der auf Ausfuhr angewiesenen Erzeugnisse, ein in hohem Maße besonderer Art entwickelt, und dieser Notstand ist bei uns früher eingetreten als andernwärts und hat sich in Form von unangenehm angenommen, als wohl sonst im übrigen Deutschen Reich.

Dabei ist auch Sachsen eine Grenzmark des Reiches!

Wir glauben darum auch, alle Rücksicht, die genommen, alle Hilfe, die geleistet werden kann, für uns erbitten zu dürfen. Es ist tief schmerzhaft, mit ansehen zu müssen, wie in Sachsen eine Betriebslosigkeit nach der anderen ihre Pforten schließen muß und wie dabei immer wieder neue Hunderte und Tausende fleißiger Hände und Köpfe ihre Arbeit verlieren. In letzter Einmütigkeit hat kürzlich der sächsische Landtag zu der Wirtschaftskrise des Landes Stellung genommen und dringend gebeten, nichts unversucht zu lassen, was einem weiteren Sterben der sächsischen Industrie Einhalt tun könne. Doppelt peinvoll ist es für denjenigen, der an verantwortlicher Stelle steht, sich bei dieser beklagenswerten Entwicklung unserer einst blühenden sächsischen Wirtschaft dessen beladenden zu müssen, daß

für die Regierung des Landes die Möglichkeiten, der Not zu wehren, leider begrenzt

sind. Diese Grenze liegt in der unbedingten Notwendigkeit, die Ordnung im Haushalte des Staates aufrecht zu erhalten, damit nicht aus Ausgaben, die in den Einnahmen des Staates keine Deckung finden, neue Schulden und damit für die Wirtschaft neue Lasten erwachsen. Durch Opfer des Staates ist in besonderen Fällen verhütet worden, daß einzelne Betriebe geschlossen werden müßten. Solche Staatshilfe ist jedoch nur in beschränktem Umfang möglich. Die Wirtschaftspolitik wird im wesentlichen durch das Reich bestimmt. Auch ihm steht — das wissen wir alle — kein Mittel zur Verfügung. Die weltwirtschaftliche Lage ist eine elementare Tatsache, der auch die Reichsregierung unterworfen ist.

Wir bitten aber die Reichsregierung darum, alles daran zu setzen, daß dem deutschen Volke die Lasten erleichtert werden, die es vor allen anderen Völkern zu tragen hat.

Wir haben weiter den Wunsch, daß auf die empfindlichen Interessen der sächsischen Wirtschaft in der Verkehrspolitik und Sozialpolitik weitgehende Rücksicht genommen wird. Bei der Steuererleichterung und der Verfolgung von Steueransprüchen müssen fiskalische Interessen zurückgestellt werden, wenn andernfalls wirtschaftliche Betriebe zum Erliegen kämen. Und endlich glauben wir einen Anspruch darauf zu haben, daß das Reich von den großen Anträgen, die es zu vergeben hat, der sächsischen Wirtschaft mehr zum kommen läßt, als es bisher leider der Fall war. Wir erinnern dabei daran, daß die Einnahmeseite des Reichshaushaltsplans auch heute noch, trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, aus Sachsen weit mehr geflossen wird, als es seiner Bevölkerungsgröße oder Gebietsgröße entspricht.

Es ist nicht unsere Absicht, Beschränkungen für die sächsische Wirtschaft zu erwirken, wir sind jedoch der tiefsten Überzeugung, daß, wenn nicht baldigst alles geschieht, was möglich ist, binnen kurzem ein wirtschaftliches Trümmerteil

Der Verlauf der Chemnitzer Tagung

Chemnitz, 23. Jan. Gleich beim Eintreffen in Chemnitz bemerkt man, daß sich die Arbeitslosen auf ihre besondere Art dem Reichskanzler bemerkbar machen wollten. Die Straßen vom Bahnhof bis zum Tagungsort sind dicht von Menschenmassen umgrenzt, die von starken Schwenkbewegungen zurückgehalten werden. Vollgepackt saßen hin und her. Man bemerkt darauf schon politisch scharfe Zitate, die aus der Menge mit Not-Pront-Plänen bearbeitet werden. Eine richtige Demonstration zeigt, daß auch die andere Seite mobil ist. Schon auf dem Bahnhof und erst recht in den Straßen

und nur gegen 1000 juristische Personen. Auf Grund dieser Umstände haben wir wohl ein Recht, zu fordern, daß die öffentlichen und privaten Faktoren im Reich der besonders gefährdeten Lage der sächsischen Wirtschaft Verständnis entgegenbringen.

Zwei Worte beherrschen die Zeit: Das Hauptwort: Wiederaufbau und das Eigenschaftswort: katastrophal.

Wiederaufbau bezeichnet das Streben, Katastrophal das Ergebnis unserer bisherigen Politik.

Ein drittes Wort hat sich entschuldigend dazugesellt; es lautet: Weltwirtschaftskrise. Wie es in der Welt und im übrigen Deutschland aussieht, wissen wir Sachsen genau. Wir stehen schon tief in dem Elend, als die weltwirtschaftliche Depression in Erscheinung trat. Gegenwärtig geht und nur die eine Frage an: Haben wir alles getan, und tun wir jetzt endlich das, was wir uns eigenem tun können, um die deutsche Wirtschaft zu retten?

Wir verneinen dies für die Vergangenheit scharf und rückhaltlos! Das war, das war eine Politik, die, wenn auch ungewollt, die Arbeitslosigkeit förderte. Wir haben unablässig gewartet, gebeten und gefordert; im wesentlichen ohne Erfolg. Wir haben recht behalten, aber diese traurige Gegenwirkung bezahlet wir teuer mit der zunehmenden Gefährdung unserer Betriebe und der Menschen, die nicht vom Staate, nicht von ihren Vorgesetzten und auch nicht von ihren Partnern, sondern nur von uns Arbeit erwarten und fordern. Denn

Arbeiternot ist Unternehmernot oder umgekehrt!

Wenden wir uns von dem Vergangenen zur Gegenwart. Was sehen wir da? Anfänge, ägernde Schritte zur Umkehr. Immerhin, trotz aller sächlichen Kritik im einzelnen: Wir begrüßen sie, weil man sich wieder auf das besinnt, worauf es ankommt: auf das Regieren. Wir glauben, daß die Reichsregierung nicht auf dem Wege liegen bleiben kann, sie muß weiter handeln nach dem Gesetze, nach dem sie angetrieben, oder aber scheitern. Wir sehen heute am Scheidewege, wo sich Vernunft von Unvernunft trennt. Es fragt sich, ob man das schaurige Behalten fortsetzen will, Grundzüge der marxistischen Wirtschaftspolitik mit den Gesetzen der geltenden Wirtschaftsordnung gefehlsgeheißig zu vereinigen. Aus dem spezifisch deutschen Sozialismus entstanden die vernichtenden Steuererlässe, entpang der pure Zwangslohn, der nur ein Aufwärtswort kannte, und die überhöhten Sozialversicherungen, unter der der wichtige Trieb zur Selbsthilfe verflümmert;

aus alledem aber erwuchs mit eherner Logik die deutsche Arbeitslosigkeit.

Unter dieser Politik, die Hoffahrt wollte, aber das Gegenteil erzeugte, hat Sachsens Industrie und mit ihr das

ihnen dem Reichskanzler Niederrufe entgegen. Ob man mit solchen Störungen den Zweck des Tages, die Werbung für Sachsen, besser zu erreichen hofft? Ein ganz anderes Bild im Kaufmännischen Vereinshaus. Auch hier stinten Menschenmassen durch die weiten Räume.

Fast 10 000 drängen sich in den großen Saal, der nur einen Teil zu lassen vermag; unten im Raum, oben auf den Galerien sieht man Kopf an Kopf, und trotzdem können bei weitem nicht alle Besucher untergebracht werden. Auch die Nebenräume werden besetzt und mit Lautsprechern versehen. Langsam verteilt sich die Menge.

Was in Sachsen Rang und Namen hat, die Vertreter der Behörden, der Industrie- und Handelswelt, von Kunst und Wissenschaft sind erschienen. Unter den Berliner Ehrengästen bemerkt man außer dem Reichskanzler Dr. Brüning den früheren Reichskanzler Cuno und Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium, außerdem eine Reihe von hohen Offizieren, darunter auch solche vom Reichswehrministerium. Der Reichskanzler begrüßt auf dem von Menschen vollgepackten Podium die Herren von der sächsischen Regierung. Punkt 1.30 Uhr beginnt die Rundgebung.

Verbandsvorsitzender Direktor Witte

eröffnet die bedeutende Rundgebung mit begründenden Worten, vor allem an die große Zahl der Ehrengäste, und fährt dann fort: Voran und Verantwortungsgefühl haben und veranlaßt, Sie zu laden. Ruhiger Ernst wird die Tagung leiten. Wir hoffen, daß wir diesmal endlich einen Schritt weiterkommen. Uns gegenständig einen vorzudrängen und reflektierte Worte auszusprechen, was wäre das nicht! Unter Weltnot heißt: Sachsen braucht Arbeit! Seit alters muß eine höchst mannigfaltige Industrie die dichtgedrängte Bevölkerung ernähren. Zudem hat Sachsen mehr kleinere als mittlere und wiederum mehr mittlere als große Betriebe. Von den über 4000 Mitgliedern des Verbandes sind rund 3000 Einzelfirmen und offene Handelsgesellschaften

Public notices and advertisements on the left margin, including mentions of 'Theater', 'Lichtspiel', and 'Palast'.